

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellungen und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatlich inkl. Post 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-QL / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18690, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schiffleitung: Dresden-QL Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 10-15 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr
Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für zusammenhängende Anzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-QL, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 22. Juni 1929 Nummer 143

Sozialdemokraten im Bunde mit den Deutschnationalen für Zollwucher

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Geheimverhandlungen des von der Regierung eingeleiteten Sachverständigenausschusses, der Vorschläge zur Abhilfe der deutschen „landwirtschaftlichen Notlage“ ausarbeiten sollte, sind auch jetzt noch nicht zu Ende geführt worden. Die Berliner Börsenzeitung weiß aber mitzuteilen, daß hinsichtlich der Zollfrage eine wesentliche Annäherung zwischen den deutschnationalen und sozialdemokratischen Mitgliedern des Ausschusses festzustellen ist. Die deutschnationale Presse berichtet sogar von einer weitgehenden Annäherung zwischen Sozialdemokraten und Deutschnationalen, auch in der Frage der Getreidepreise. Die Sozialdemokraten wollten einen Mindestpreis von 250 M. je Tonne zugestehen, was einer Preiserhöhung von 20 bis 25 Prozent gleichkäme, während die Deutschnationalen einen Mindestpreis von 387 M. verlangten. Der Unterschied war also ohnehin gering. Deutschnationale und Sozialdemokraten treten ferner gemeinsam für die Aufhebung der Schwebenzölle für Getreide ein, was automatisch eine Erhöhung der geltenden Getreidezölle um 20 bis 25 Prozent entsprechend der Höhe der autonomen Zölle nach sich ziehen würde.

Volkspartei und Zentrum haben gemeinsam einen neuen Antrag eingebracht, daß die deutschen Getreidemühlen verpflichtet werden sollen, ein bestimmtes Kontingent deutsches Getreide zu mahlen, wodurch das deutsche Getreide unabhängig von der Differenz zwischen in- und ausländischem Getreidepreis einen gesicherten Absatz erhalten würde, also eine finanzielle Abhilfe und Preisgarantie. Auf dieser Basis wird das Kompromiß zustande kommen.

Eine starke Erhöhung der Zölle für die meisten landwirtschaftlichen Produkte soll den Großagrariern an Stelle des Getreidemonopols die geforderten Profiteure bringen. Selbst die bürgerlich-demokratische Berliner Volkszeitung ist geneigt, wenn dies auch nur zur Verhütung ihres kleinbürgerlichen Defizitrisikos, die ungeheuerlichen Pläne zur Vertreibung der gesamten Lebensmittel, für die Sozialdemo-

krate und Deutschnationale in einer Front stehen, folgendermaßen zu brandmarken:

„Wenn jetzt aber die Lösung des Problems der Hilfe für die Landwirtschaft in der Erhöhung der landwirtschaftlichen Schutzzölle gemacht werden soll, so wird man die Regierungsparteien vor aller großer Rücksichtlosigkeit gegenüber den Befürwortern einer Hochzollpolitik sehr enttäuscht warnen müssen. Was schon der Monopolplan untragbar, weil dadurch eine künstliche Verteuerung des Brotgetreides herbeigeführt werden sollte, so hieße es den Teufel mit dem Beelzebub austreiben, wollte man jetzt nach anderen „geeigneten“ Mitteln suchen, um die Brotpreise den Wünschen der Agrarier anzupassen.“ (!!!)

Immer mehr kapituliert die Sozialdemokratie vor der Trustbourgeoisie. Sie tritt nicht nur für weiteren Abbau der Arbeitslosenversicherung ein, für Steuererleichterungen zugunsten der Großkapitalisten und Staatsgeschenke an betrügerische Großbanken, sondern auch für erhöhte Lebensmittelzölle und erhöhten Getreide- und Brotwucher. Die Verteilung des Proletariats wird immer größer. Die arbeitenden Massen müssen auf den Plan treten. Es gilt den schärfsten Kampf gegen den Zollwucher zu führen, denn dieser Kampf ist zugleich der Kampf um die Kaufkraft der Löhne, um die Erhaltung des Lebensstandards.

Hungeroffensive der pommerischen Landbündler

Am Dienstag, dem 11. Juni, hatten die Gutbesitzer des pommerischen Landbundes auf Rügen ihre Getreuen zusammengeholt, um in schärfster Weise gegen den von Schlichter für verbindlich erklärten Schiedsspruch für die Landarbeiter zu protestieren. Sie erklärten, dem Zwangstarif schärfsten Kampf anzulegen. An den Oberpräsidenten der Provinz Pommern sandten sie folgendes Telegramm:

„Rügensche Arbeitgeber werden wegen völliger Unmöglichkeit der Geldeinbringung verbindlich erklärten Schiedsspruch, der Mehrbelastung von 700 000 Mark für uns bringt, nicht ausführen. Lehnen Verantwortung für Folgen jeder Art ab. Beteiligung an Tarifverhandlungen, die nicht unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden, für uns in Zukunft unmöglich.“

Arbeitgeberverband des Kreises Rügen.

Die Landarbeiter in allen Teilen des Reiches müssen gegen diese Kampfpläne der Junker die geschlossenste Abwehr bilden. Die Schaffung von einheitlichen Kampfaktionen, die bis zur Ernte alle Maßnahmen vorzubereiten haben, ist jetzt sofort in Angriff zu nehmen.

Gachjen in der imperialistischen Kriegsfrent

Von Rudolf Renner

Der 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hat beschlossen, am 1. August in der ganzen Welt große Kundgebungen gegen den imperialistischen Krieg durchzuführen. Die Sektionen der 3 Internationale sehen ihre Kräfte daran, diese Kundgebungen zu organisieren. Der 1. August wurde gewählt, weil er der Tag des Ausbruchs des letzten großen Weltkrieges war; er soll den Arbeitern den Schrecken des Weltkrieges in Erinnerung rufen, aber auch den schrankenlosen Verrat der Sozialfaschisten. Wieder rücken neue Kriegsgefahren heraus. Die Sozialdemokraten versuchen den Ausgang der Pariser Re-

parationskonferenz als ein Ergebnis von größerer Bedeutung für den Weltfrieden hinzustellen. Die Erleichterungen, die dort gewährt wurden, die Verständigung, die erzielt sei, sei Beweis, daß sich die Gegensätze im Lager des Imperialismus doch überbrücken lassen. Die Arbeiter dürfen sich nicht täuschen lassen. Diese vorübergehende Verständigung ist der Zusammenbruch gegen die proletarische Revolution. Das Berliner Maßbuch wurde von den Sozialdemokraten herbeigeführt, um den deutschen kapitalistischen Unterhändlern die Basis zu schaffen. Sie sollten den Engländern und Amerikanern sagen können: „Seht, welche revolutionäre Situation, wir müssen zur Verständigung kommen, — Bolschewismus frist uns alle.“ Der Abschluß des Young-Planes ist getränkt mit dem Blut von 30 Berliner Arbeitern; die Fortsetzung der imperialistischen Politik der internationalen Kapitalisten soll getränkt werden in dem Blute von Millionen Opfern eines neuen imperialistischen Krieges.

Die Erleichterungen, die der Young-Plan gegenüber dem Dawesplan gebracht hat, von denen die Sozialdemokraten soviel Aufhebens machen, insbesondere die jährlichen „Zinsen“, wenn kommen sie zugute? Den Arbeitern etwa? Werden ihre Löhne erhöht? Keineswegs. Die Kapitalisten können ihre Ansprüche an, und die Sozialdemokraten, als deren Bevollmächtigte, sich an, die Forderungen zu erfüllen. Die Kapitalisten verlangen Verwendung der Erleichterungen zum Steuerabbau. Aber nicht zum Abbau solcher Steuern, die die Massen belasten, sondern der Vermögenssteuer, der Wertzuwachssteuer, der Kapital- und Erbschaftsteuer. Die Fortleitung der Nationalisierung, die weitere Monopolisierung, die Fusionen in Industrie und Handel bringen weitere Belastung, Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiter.

Die Gegensätze unter den Kapitalisten werden erneut anwachsen, die Belastung der Werktätigen größer werden. Die Kriegsfrent gegen die proletarische Revolution, gegen ihren Hauptträger, die Union der Arbeiter und Bauern, ist geschlossener, der Krieg gegen sie damit näher gerückt. Die Arbeiter dürfen sich durch das verlogene Zahlenpiel der Sozialdemokraten nicht irreführen lassen, sie müssen sehen, was dahinter steckt und wer die Ruhmstrolche sind.

Aum Jahrestag des Weltkrieges versuchen die Sozialdemokraten ihre Demagogie zu verstärken. Sie veranstalten wie alljährlich auch einen sogenannten Antikriegstag. Sie werden dort, wie schon vor dem Kriege, Deklamationen erlassen und schöne Entschuldigungen annehmen; den Panzerkreuzerbau, die Aufrüstung und das Flottenbauprogramm werden sie aber weiter durchführen. Die Kommunistische Partei sagt den Arbeitern: Schüts Reden und Resolutionen haben kein Wert... Das Proletariat muß gegen den imperialistischen Krieg erhaltener und entschiedener auftreten. Die Waffen des Proletariats gegen den imperialistischen Krieg sind der Streik, Massendemonstrationen, der Aufruf, die Umwandlung des Krieges der Kapitalisten in den Krieg der Klassen, in den Krieg des Proletariats gegen seine Ausbeuter.

Die Bereitschaft zu diesem Kampf muß die Arbeiter, kauft am 1. August demonstrieren.

Zu diesem Zweck ruft die KPD am 1. August zu gewaltigen Kundgebungen auf. Sie sagt den Arbeitern: Ihr dürft aber nicht nur einen Spaziergang machen, der nach

Die Regierungsbildung in Gachjen

Der U-Dienst verbreitet heute eine Mitteilung, daß am Dienstag mit einer endgültigen Regierungsbildung zu rechnen sei. Die Nationalsozialisten, die kurz nach der Wahl großartig verurteilt, sie seien Gegner des Kapitalismus, haben sich in der letzten Sitzung des Landtages als willige Soldaten des Großkapitals offenbart. Kurz nach der Wahl schrieben die Nazis, sie wollten den uneingeschränkten Arbeitsvertrag, die Sozialisierung des Arbeitswesens, die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung. Sie erklärten:

Was geht uns euer Staat an?
Was geht uns eure Partei an?
Was geht uns eure Wirtschaft an?
Nichts! Nichts! Nichts!

Schon am Dienstag zeigten sich die heulenden Wölfe als wütende und zahme Hausbunde des Kapitals. Sie geben eine Erklärung ab, die nichts mehr von der Kampfansage gegen die Kapitalisten enthält, die auch keineswegs mehr Forderungen aufstellt. Sie erklären sehr fromm, sie wollen eine bürgerliche Regierung unterstützen, eine Regierung, die gegen ein Sowjetkafschien sei. Als Beweis ihrer Haltung als treue Diener des Großkapitals gaben sie ihre Stimme dem Vertreter der großkapitalistischen Volkspartei, dem Abgeordneten W i n g e r.

Die Bürgerlichen haben diese Hausbunde der Nazis aufgegriffen und sind dabei, sich auf einen Ministerpräsidenten zu einigen. Die Volksparteiler, die bisher noch gespalten waren, haben jetzt einstimmig beschlossen, Winger als Ministerpräsidenten vorzuschlagen. Die übrigen Parteien werden sich sicherlich auf diesen Vorschlag mit einigen.

Die Sozialdemokraten sind jetzt sehr in Drud gekommen; sie möchten in die Koalition, jedoch hoffen sie noch eine Rest bis zum Herbst zu erhalten. Dieses Mandat ist nun durchkreuzt. Wie wir erfahren, machen die Krndt, Dohbert und Wehse die größten Anstrengungen, jetzt noch zu retten, was zu retten ist. Die sächsischen Bürgerlichen erlaubten den Sozialdemokraten keine solchen Mandate, wie das die Bürgerlichen im Reichstag nach machten.

Die SPD wird sich bemühen, die Koalition zu versuchen, wenn nicht jetzt, dann später. Die Deutschen wissen, daß ihnen später die Bürgerlichen noch mehr als bisher die falsche Schulter zeigen und keine Mandate gestatten werden. Die Arbeiter müssen das Spiel der SPD-Führer durchschauen und ihnen die entsprechende Abfuhr erteilen.

Aber auch die Wähler der Nationalsozialisten können an der Haltung der Nazis erkennen, daß diese großmütigen Gesellen keineswegs die Vertreter der Interessen der Werktätigen sind.

Die Aufwertler lassen Fumetti fallen

Wie wir erfahren, hat der Abgeordnete Mad im Interfraktionellen Ausschuss erklärt, die Aufwertler werden eine bürgerliche Partei auch dann unterstützen, wenn sie keinen Minister erhalten. Fumetti ist mit dieser Erklärung keineswegs einverstanden. Die drei Aufwertler sind also gespalten. Dr. Wallner hatte ja schon in Leipzig einen Vorstoß gegen Fumetti gemacht, er trüb dort Fumetti von der Liste; für sich gab er ein Zitat auf: „Alle Winterleute wählen Dr. Wallner.“ Winter erbe deswegen Wahlbeschwerde. Die Aufwertler sind wirklich eine feine Gesellschaft.

„Ich bin auch gegen den Krieg, aber nicht für einen Putz“

sagt mein Kollege im Betrieb. Er behauptet, in der SPD-Zeitung gelesen zu haben, daß das Westeuropäische Büro der Komintern zum Putz am 1. August aufgefordert hat.

Was soll ich ihm antworten?
Sehr einfache Genosse. Kläre ihn auf, daß die SPD-Presse eine solche angebliche Mitteilung des Westeuropäischen Büros nicht erfunden hat, um die Arbeiter vom Kampf gegen den imperialistischen Krieg abzuhalten, und lese ihm vor, was in der Mitteilung des Westeuropäischen Büros der Komintern zur Vorbereitung des internationalen Kampftages gegen den imperialistischen Krieg wirklich erschienen ist:

„Entgegen der Behauptung der internationalen Sozialdemokratie über einen „blutigen Putz“ und „Aufruf“ der Kommunisten ist der Aufruf der Kommunistischen Parteien zum Kampftag am 1. August ein Ruf zur politischen Massenaktion der arbeitenden Massen aller Länder gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteilung der Sowjetunion. Die Formen der Durchführung des 1. August müssen Arbeitsniederlegung und Massendemonstrationen an den betreffenden Tagen sein.“ (Abgedruckt in der Internationalen Pressekorrespondenz Nr. 44, Jahrgang 1929, Seite 1061.)

Erzichte uns, Genosse, was der Kollege nach deiner Antwort